

## Katastrophenkataster Aufstandsbekämpfung in den Haiyan - verwüsteten Gebieten

Ein halbes Jahr nach dem Supertaifun *Haiyan* auf den Philippinen ist die Aquino-Regierung mehr an „*Aufstandsbekämpfung*“ interessiert, als daran, die notleidende Bevölkerung beim Wiederaufbau wirksam zu unterstützen.

Von Rainer Werning

Eines muss man dem philippinischen Präsidenten Benigno S. Aquino III lassen: Seit seinem Amtsantritt im Sommer 2010 hat er es verstanden, sich selbst zu inszenieren und stets vollmundige Versprechungen abzugeben. So war das auch, als er am 7. November 2013, einen Tag vor *Haiyan*, seine Landsleute mit der Botschaft beruhigte, seine Regierung habe sämtliche Vorkehrungen getroffen, 30 Flugzeuge und Helikopter der Luftwaffe und 20 Schiffe der Marine bei Bedarf umgehend für Rettungs- und Nothilfemaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Doch als der Taifun dann am 8. November mit voller Wucht die östliche Küstenregion der Insel Samar traf und auf den Nachbarinseln Leyte, Bohol, Cebu, Negros und Panay Schneisen der Verwüstung hinterließ, erwiesen sich alle seine Versprechungen als Schall und Rauch.

### Präsidiales Abtauchen

Vor Ort berichtete der CNN-Korrespondent Andrew Stevens, eine Regierungspräsenz sei nirgends zu erkennen. Sein Kollege Anderson Cooper der Fernsehsender BBC sowie philippinische Medien berichteten übereinstimmend, die Betroffenen seien allein auf sich gestellt. Dies berücksichtigte zu der Zeit nicht das Schicksal von Menschen in entlegenen Regionen, die tagelang gänzlich abgeschottet von der Außenwelt ums schiere Überleben kämpften. Auch noch fünf Tage nach dem Taifun berichtete Cooper, nirgends sei zu erkennen, wer eigentlich für was verantwortlich sei. Was allein in Tacloban City, der Hauptstadt Leytes, geschehe, gleiche eher „einer Zerstörung als organisierter Wiederaufbauhilfe“.

Anstelle von Regierungspolitikern aus der Region oder aus Manila, vom Präsidenten ganz zu schweigen, tauchten in den verwüsteten Gebieten lediglich Uniformierte auf.

Aus Washington kam das Signal, man werde in der Region kreuzende Schiffe der US-Navy in die Katastrophenregion umdirigieren. Schon bald tauchten sechs US-amerikanische Kriegsschiffe inklusive des Zerstörers USS George Washington mit über 5.000 Mann an Bord im Katastrophengebiet auf, um dort bei Nothilfemaßnahmen zu assistieren.

Anlässlich des Besuchs einer Delegation hochrangiger US-Kongressabgeordneter in Manila erklärte der philippinische Außenminister Albert del Rosario auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 25. November 2013, die Präsenz der US-Navy im von *Haiyan* betroffenen Gebiet habe gezeigt, wie notwendig „ein Rahmenabkommen (sei), welches den USA eine verstärkte Rotationspräsenz erlaubt“. Regierungskritiker äußerten bereits die Befürchtung, dass dann auch Drohnen gegen „Aufständische“ eingesetzt werden könnten.

Im fernen Manila erklärten derweil Regierungssprecher, Polizei- und Armeeeinheiten seien „zum Schutz vor Plünderern“ aufgeboten worden. Regionalkommandeure der Philippinischen Streitkräfte (AFP) lancierten die bewusste Falschmeldung, Guerilleros der Neuen Volksarmee (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), hätten Rettungskonvois am Transport dringend benötigter Hilfsgüter gehindert. Bewegend schließlich die von Helikoptern aufgenommenen Szenen, als sich ausgemergelte Menschen verzweifelt um abgeworfene Nahrungsmittelpakete rauften.

Spätestens diese Bilder veranlassten aufgebrachte Medienleute und Kommentatoren im Lande zu ersten geharnischten Kritiken. Vom „Abtauchen des Präsidenten“, einem „irrelevanten Präsidenten“, und einem Präsidenten, der „nun endlich gehen muss“, war die Rede. Amando Doronila, ein renommierter Kolumnist des auflagenstarken *Philippine Daily Inquirer*, sprach vom 8. November 2013 als dem Tag, „an dem die Regierung verschwand“.

### Politposen und mediale Inszenierungen

Wenngleich *Haiyan* zahlreiche Städte und Orte auf mehreren Inseln dem Erdboden gleichmachte, wurde Leytes Metropole Tacloban mit ihren etwa 250.000 Einwohnern über Nacht zum Inbegriff der Katastrophe. Nicht allein die Größe, sondern auch und gerade die politische Besonderheit dieser Stadt war dafür ausschlaggebend. Seit Ende der 1940er Jahre ist Tacloban City die politische Hochburg der Romualdezes, deren berühmteste Tochter die Witwe des Diktators Ferdinand Marcos, Imelda Romualdez Marcos, ist. Taclobans Bürgermeister ist Alfred Romualdez, ein Neffe der noch immer umtriebigen Imelda, die heute ihrerseits als Kongressabgeordnete eines Distrikts von Ilocos Norte fungiert, der Heimatprovinz ihres verstorbenen Gatten. Alfreds Ehefrau sitzt im Stadtrat von Tacloban, während ein anderer Familienspross, Ferdinand M. Romualdez, gegenwärtig Kongressabgeordneter auf Leyte ist. Präsident Aquino hingegen ist der Sohn des einst gewichtigsten politischen Widersachers von Marcos, Benigno „Ninoy“ Aquino II.. Romualdez' Onkel Marcos soll demnach die Ermordung des Vaters des amtierenden Präsidenten angeordnet haben.

Die Lokalregierung habe – ohne Alfred Romualdez namentlich zu nennen – als Krisenmanager versagt, erklärte Präsident Aquino am 12.

November 2013 in einem Exklusivinterview mit CNNs internationaler Chefkorrespondentin Christiane Amanpour. Die Lokalregierung, fügte er hinzu, sei erstinstanzlich für den Zivilschutz und sofortiges Handeln verantwortlich gewesen. Man habe die Situation im Griff und müsse maximal, so ein kühl wirkender Präsident weiter, von 2.500 Todesopfern ausgehen. Die Regierung war offensichtlich bemüht, die Zahlen nach unten zu korrigieren, weil in- wie ausländische zivile Hilfsorganisationen mehrfach von möglicherweise 10.000 Getöteten sprachen.

Wiederaufbau! Wiederaufbau?

Verantwortlich für den Katastrophen- und Zivilschutz ist allerdings zuvörderst der Nationale Katastrophenrat (*National Disaster Risk Reduction and Management Council*, NDRRMC). Seit Februar 2010 fungiert dieser als Nachfolger der bis dahin als Nationalrat zur Hilfskoordinierung bei Desastern bekannten Behörde und ist dem Verteidigungsminister unterstellt. Als Exekutivdirektor des NDRRMC hatte Aquino Anfang 2013 mit Eduardo del Rosario einen Generalmajor a.D. ernannt, der fortschrittliche und linke Kräfte im Lande noch immer schaudern lässt. Für sie war der General, der unter anderem Befehlshaber der berüchtigten 2. Infanteriedivision der Philippinischen Armee war und sich gern als „Aufstandsbekämpfungsexperte“ brüstete.

Am Nikolaustag (6. Dezember) 2013 kürte der Präsident den 66-jährigen Panfilo Lacson zu seinem Chefmanager bei der Rehabilitierung und den Wiederaufbau der durch *Haiyan* zerstörten Regionen. Für die konservativen Kräfte in Gesellschaft und Politik ist Lacson ein ebenso verlässlicher wie knallharter Law-and-Order-Mann, der die Dinge schon richten wird. Für die fortschrittlichen und linken Kräfte im Lande ist Lacson nachgerade ihr verkörpertes Antiideal. Bereits während der Marcos-Herrschaft (1966–86) war er Offizier des gefürchteten Metropolitan Command (Metrocom) mit dem Schwerpunkt nachrichtendienstliche Aufklärung und Sicherheit. Zig Studenten, die damals auf die Barrikaden gingen, wurden auf seine Anweisung festgenommen und weggesperrt. Von 1999 bis 2001 war er Generaldirektor der Philippinischen Nationalpolizei, und seitdem saß er bis Ende Juni 2013 im Senat.

Die philippinischen Medien bezeichnen Lacson aufgrund seines neuen Aufgabenbereichs kurz als *Rehab Czar*, als *Zaren des Wiederaufbaus*. *Zar* Lacson genießt weitreichende Vollmachten. Als Hauptmanager und -koordinator der Katastrophenhilfe kann er, gestützt auf die jederzeit abrufbare Hilfe von ihm eingesetzter Experten und sämtlicher Regierungsbehörden, darüber verfügen, welche Mittel in welcher Höhe für welche Zwecke prioritär verwandt werden. Das ist ein idealer Nährboden für Nepotismus und Korruption, zwei Hauptübel in der philippinischen Politik.

Tatsächlich verging nicht einmal ein Monat, als sich erste Kritiker zu Wort meldeten. Architekten aus dem In- und Ausland bemängelten die

minderwertige Qualität und überteuerten Notunterkünfte beziehungsweise Schlafbaracken. Sie seien vielfach schlicht menschenunwürdig. Durchschnittlich sind 8,64 Quadratmeter für eine Einheit vorgesehen, wo mindestens fünf – mitunter auch mehr – Personen „leben“ sollen. Sanitäre Anlagen sind gar nicht oder ebenfalls in minderer Qualität vorhanden. Viele Menschen sind außerdem verärgert darüber, dass die Behörden in Küstennähe einen Baustopp verhängten. „Das Leben ist für die Überlebenden noch schlimmer geworden“, zitiert das philippinische Online-Magazin *Bulatlat* Joel Abaña von der *Kalipunan ng Damayang Mahihirap* (Vereinigung der Armen in Solidarität), weil die Regierung noch immer zu langsam handelt, um dringend benötigte Hilfsgüter fürs schiere Überleben bereitzustellen. Mitglieder von *Pamalakaya*, ein Zusammenschluss sozialpolitisch engagierter Fischerleute, sehen das genauso wie Abaña.

„Aufbegehren des Volkes“

Seit Ende Januar kam es in und um Tacloban City wiederholt zu Demonstrationen gegen die staatlichen Behörden. Gefordert werden ausreichende Nahrungsmittel, menschenwürdige Unterkünfte und medizinische Versorgung. Allein am 24. Januar waren über 12.000 wutentbrannte Menschen aus Leyte und Samar in Tacloban auf die Straße gegangen, um ihren Unmut hinauszuschreien. Diesmal waren es keine politisierten oder linken Kräfte, die dazu aufgerufen hatten, sondern Menschen, die sich spontan der Kundgebung einer religiösen Bewegung namens *People Surge* („Aufbegehren des Volkes“) angeschlossen hatten. Deren Sprecherin, Schwester Edita Eslopor, begründete den ungewohnten Protestzug mit mittlerweile gewohnt bitteren Worten: „Dieser massive Umzug unterstreicht die tiefe Unzufriedenheit der Menschen über die kriminelle Vernachlässigung und das klägliche Unvermögen von Mister Aquino, sich angemessen um das Wohl der Bevölkerung zu kümmern“.

Hilfe im Stechschritt

Schon bei der Ernennung Lacsons feuerte die im Untergrund agierende Kommunistische Partei Breitseiten gegen „Aquinos wachsenden Militarismus“. In einer Erklärung der Partei vom Dezember 2013 hieß es: „Durch die Ernennung Lacsons und die ihm erteilte Vollmacht über die Verwendung von Sonderfonds in Höhe von mehr als 40 Milliarden Peso (913 Millionen US-Dollar) verfolgt das herrschende Aquino-Regime das Ziel, die Anstrengungen des Wiederaufbaus den Interessen der Mächtigen unterzuordnen.“ Und weiter: „Die Ernennung Lacsons offenbart zugleich Aquinos militaristische Gesinnung, in den jüngst vom Supertaifun verwüsteten Gebieten den Widerstand der dortigen Bevölkerung zu unterdrücken. Dies geschieht im Rahmen von *Oplan Bayanihan* (des aktuell gültigen „Operationsplans Nachbarschaftshilfe“ im Rahmen von *Aufstandsbekämpfung – R.W.*) und in der gleichen Weise wie vor genau einem Jahr, als während des damaligen Supertaifuns *Bopha*, die Menschen aus Wut gegen das Aquino-Regime

protestierten, weil dieses auf kriminelle Weise den Betroffenen angemessene Hilfen verweigerte.“

*Oplan Bayanihan*, der Anfang 2011 in Kraft trat, sieht explizit vor, kombinierte zivile und militärische Komponenten miteinander zu vereinen, um in „Rebellengebieten“ schrittweise Fuß zu fassen. Das Ziel, wie schon in ähnlichen früheren Plänen, ist es, bis spätestens Ende Juni 2016, wenn Aquinos Amtszeit endet, die „linken und kommunistischen Elemente zu zerschlagen“ und dauerhaft „Hirne und Herzen“ der betroffenen Bevölkerung zu gewinnen.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels *Mehr Militär statt Hilfe*, veröffentlicht von der Zeitung *junge Welt* am 18. Februar 2014

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien. Er ist Autor zahlreicher Publikationen über die Region und befasst sich seit 1970 intensiv mit den Philippinen.

11695 Z